

# Augsburger Bündnis

## „Rettet die Versammlungsfreiheit“

Die bayerische Staatsregierung hat zu Anfang des Jahres einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Versammlungsfreiheit massiv einschränken würde und versucht, die berüchtigte „bayerische Linie“ bei Demonstrationen in Gesetzesform zu gießen. Behördliche und polizeiliche Einmischung in Kundgebungen und sogar geschlossene Veranstaltungen sollen zur Regel werden, ebenso die Pflicht zur Anmeldung und Angabe der persönlichen Daten von Versammlungsleiter und Ordnern. Diffuse „Rechte Dritter“ werden gegen das Recht, sich frei zu versammeln, in Stellung gebracht. Legalisiert werden sollen auch Video-Übersichtsaufnahmen z.B. von Demonstranten gegen Nazis. (mehr dazu umseitig)

Dagegen hat sich am 16. April auch in Augsburg ein Bündnis gegründet. Der Gesetzentwurf der bayerischen Staatsregierung wurde bereits in den Landtag eingebracht und soll noch vor den Landtagswahlen verabschiedet werden. Wir konzentrieren uns nach einem bayernweiten Aktionstag am 26. April zunächst auf die breite Information der Bevölkerung, auf die Kundgebung und Demonstration des DGB am 1. Mai, wo das Thema zur Sprache kommen soll und auf die öffentliche Expertenanhörung im Landtag am 8. Mai.

Auch in Augsburg droht der Demokratie Gefahr. Zum einen häufen sich die Aufmärsche von alten und neuen Nazis. Zum anderen greifen Geschäftsinteressen immer stärker nach der Innenstadt und monopolisieren den öffentlichen Raum, ein Medienkonzern beherrscht weitgehend die öffentliche Meinung in der Stadt. Wenn nun auch noch die Einschränkung der Versammlungsfreiheit hinzukommt und Kundgebungen und Demonstrationen unter Polizeiaufsicht gestellt und für die Veranstalter zum unkalkulierbaren Risiko werden, dann ist eine freie Artikulation der Meinung, gerade auch der Gegenmeinung nicht mehr möglich. Die Meinungsfreiheit wird zur Farce und die Demokratie geht unter.

BürgerInnen und ihre Initiativen, die linke Opposition und ihre Organisationen, die Friedensbewegung, die Antifa-

schistInnen, Flüchtlinge und die Arbeiterbewegung und ihre Verbände – sie alle laufen Gefahr, durch behördliche und polizeiliche Maßnahmen eingeschränkt, mundtot und handlungsunfähig gemacht zu werden.

Augsburg ist in den letzten Jahren wiederholt zum Aufmarschzentrum von Nazis geworden. Teilweise wurde über Stunden die Stadt durch den Aufmarsch von aus ganz Bayern zusammengekarnten Rechtsradikalen blockiert. Jetzt die Einschränkung der Versammlungsfreiheit als Mittel gegen Nazi-Aufmärsche zu propagieren, ist allerdings der falsche Weg.

Dass der massive Eingriff in demokratische Rechte von der bayerischen Staats-



Auch die Flüchtlinge und ihre Organisationen brauchen in Bayern das Versammlungsrecht. Im Bild: Auftaktkundgebung der Karawane für ein Bleiberecht, Flüchtlingslager Neuburg an der Donau 19.5.2007

regierung unter dem Deckmäntelchen des Kampfes gegen Rechts verkauft wird, ist ein Hohn. Für die Bekämpfung des Rechtsextremismus brauchen wir eine umfassende Politik, die die vielfältigen Initiativen, etwa in der Jugendarbeit, stärkt und die durch grundlegende, weitgehende – auch antifaschistische – Bildung der Persönlichkeit schon von Kindern und Jugendlichen verhindert, dass diese in

rechtsextremistische Milieus abgleiten.

In Augsburg brauchen wir eine klare Strategie des gesellschaftlichen Widerstands gegen Naziaufmärsche. Die Taktik, mit einem massiven Polizeiaufgebot „alles im Griff zu haben“, wertet die Aufmärsche eher auf, gesellschaftlicher Widerstand wird eingeschränkt, eingeschüchtert und teilweise kriminalisiert.

Zu dieser Strategie gegen Rechts gehören juristische Schritte zum Verbot von rechten Demonstrationen (Gefährdung der öffentlichen Ordnung, Verhöhnung der Opfer an Gedenktagen, hohe Auflagen, zeitlich enge Grenzen). Neben dem formal-juristischen Weg, der uns in Bayern auch nicht geschenkt wird, muss die demokratische Öffentlichkeit noch einen anderen Weg gehen können. Breite Bündnisse gegen die Nazi-Aufmärsche, wie sie teilweise in Augsburg praktiziert wurden, mit Gegenkundgebungen, Aufrufen und Blockade-Aktionen setzt auf demokratische Teilhabe und erwarten politisches Engagement der Bürgerinnen und Bürger.

***Wir brauchen unsere Versammlungsfreiheit!***

***Wir lassen sie uns auch in Augsburg nicht nehmen!***

Darüber hinaus sehen wir den Gesetzentwurf als Teil des zurzeit stattfindenden Staatsumbaus gegen uns: Einsatz der Bundeswehr im Inneren, die sog. Anti-Terror-Datei, die Computer-Onlineüberwachung, die Vorratsdatenspeicherung und viele andere Maßnahmen. Sie liefern z. B. die Datenbasis, um jemanden als Versammlungsleiter abzulehnen.

Wir rufen auf, schließt Euch unserem Bündnis an, beteiligt Euch an den Aktionen, um das Schlimmste zu verhindern und die Versammlungsfreiheit zu retten.

[http://hackdaworld.org/wiki/doku.php?id=v\\_ersammlungsgesetz](http://hackdaworld.org/wiki/doku.php?id=v_ersammlungsgesetz)

[http://www.forumaugsburg.de/s\\_4termine/aktuell/index.htm](http://www.forumaugsburg.de/s_4termine/aktuell/index.htm)

[http://www.verdi.de/muenchen/aktive\\_gruppen/kampagne\\_rettet\\_die\\_grundrechte](http://www.verdi.de/muenchen/aktive_gruppen/kampagne_rettet_die_grundrechte)

[http://www.gruene-fraktion-bayern.de/cms/default/dok/224/224916.das\\_grundrecht\\_auf\\_versammlungsfreiheit.html](http://www.gruene-fraktion-bayern.de/cms/default/dok/224/224916.das_grundrecht_auf_versammlungsfreiheit.html)



Bild: Demonstration des DGB gegen Sozialabbau am 21.10.2006 in München. Ab 1. August 2008 ein Verstoß gegen das neu erfundene „Militanzverbot“?

Foto: Werner Bachmeier

# Wir brauchen unsere Versammlungsfreiheit

## Wir lassen sie uns nicht nehmen!

Wir alle brauchen die Freiheit, uns zusammenzuschließen und unseren Forderungen öffentlich Nachdruck zu verleihen. Deswegen wenden wir uns entschieden gegen den von der bayerischen Staatsregierung vorgelegten Entwurf eines neuen Versammlungsgesetzes. Er bedeutet:

### **Eine massive Einschränkung der Demonstrationsfreiheit – z. B.**

- ! o Bereits zwei Personen, die sich laut unterhalten, können als Versammlung gewertet werden.
- ! o Bereits Fahnen, Anstecker, einheitliche Schilder können nach willkürlicher Entscheidung der Polizei gegen das neu erfundene „Militanzverbot“ verstoßen und mit einer Geldbuße bis zu 3000 Euro belangt werden.
- ! o Versammlungsleiter und Ordner werden zum verlängerten Arm der Polizei gemacht. Selbst Ordner müssen ihre persönlichen Daten angeben und können von Behörden und Polizei als „ungeeignet“ und „unzuverlässig“ abgelehnt werden.
- ! o Versammlungen können nach Gutdünken von der Polizei in Übersichtsaufnahmen gefilmt werden, die Aufnahmen beliebig lange aufbewahrt werden.
- ! o Zum Verbot einer Versammlung soll es ausreichen, wenn „Rechte Dritter unzumutbar beeinträchtigt werden“, womöglich z. B. von Verkehrsteilnehmern und Kauflustigen...

### **Ein Eindringen des Staates bei Veranstaltungen in Räumen – z. B.**

- ! o Versammlungsleiter von Veranstaltungen in geschlossenen Räumen müssen im Vorfeld und vor Ort ihre persönlichen Daten an die Polizei weitergeben. Die Polizei kann den Versammlungsleiter als „ungeeignet“ ablehnen.
- ! o Der Polizei muss der Zutritt gewährt werden und ein „angemessener Platz“ eingeräumt werden – sonst sind bis zu 3000 Euro Bußgeld zu zahlen. Nur die Einsatzleitung der Polizei muss sich den Veranstaltern zu erkennen geben.
- ! o Selbst nicht öffentliche Versammlungen (z. B. Streikversammlungen) können davon betroffen sein.

Dies sind nur wenige Beispiele dafür, wie der Willkür Tür und Tor geöffnet werden soll.

**Noch vor der Sommerpause soll dieser Anschlag auf eines unserer wichtigsten Grundrechte vom Bayerischen Landtag beschlossen werden.**

**DAS MÜSSEN UND KÖNNEN WIR VERHINDERN!**